

Die Ratssitzung am 17. November 2016



Inhalt „Rat im Rückblick“:

Voraussetzung für Haushaltsgenehmigung

Letzte Ratssitzung für Stadtdirektor Kahlen

Aktuelle Stunde- Parken in der Innenstadt

Kommunale Beschäftigungsförderung

Milieuschutz in Köln ernst nehmen

Schulbau neu organisieren

Wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein"

"Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen

Sonntagsöffnungen in 2017

Bedarfsgerechter Ausbau Streetwork

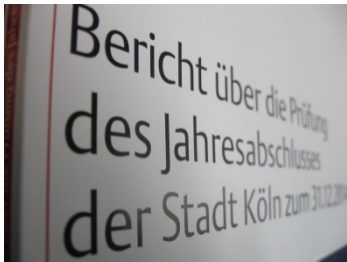
Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften

Klimapartnerschaft zwischen Köln und Corinto/El Realejo e.V.

Ausländerrechtlichen Beratungskommission

Die 25. Ratssitzung in dieser Wahlperiode wurde überschattet durch die traurige Nachricht, dass Birgit Gordes, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, am Abend der Ratssitzung nach schwerer Krankheit verstorben ist. Die vor allem in der Stadtentwicklung und Liegenschaftspolitik engagierte CDU-Politikerin wurde in allen demokratischen Fraktionen hoch geschätzt. Die Nachricht über ihren Tod machte viele im Rat fassungslos. Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die spontan eine Rose auf den verwaisten Platz legte, machte den Vorschlag, auf weitere Reden zu verzichten und die restlichen Tagesordnungspunkte nur noch abzustimmen. Dazu sollten nur die Fraktionsführungen im Saal bleiben.

Voraussetzung für Haushaltsgenehmigung



Einvernehmlich wurde der „Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2014“ als erster TOP behandelt. Die Zustimmung des Rates zum Prüfbericht, die im Übrigen einstimmig erfolgte, ist die Voraussetzung für die Genehmigung des Doppelhaushalts 2016/2017 durch die Regierungspräsidentin als Aufsichtsbehörde. Das Ergebnis wurde noch am Donnerstagnachmittag an die Bezirksregierung Köln übermittelt. Inzwischen liegt die Genehmigung des Doppelhaushalts vor. Damit endet nun die Zeit der vorläufigen Haus-

haltsführung und die Verwaltung kann auf Basis der Haushaltsbeschlüsse Auszahlungen vornehmen.

- Im Wortlaut: [Vorlage der Verwaltung](#)

Letzte Ratssitzung für Stadtdirektor Kahlen

Zu Beginn der Ratssitzung verabschiedete sich Stadtdirektor Guido Kahlen (SPD) mit einer 25-minütigen Rede von Rat und Verwaltung. Kahlen geht Ende November in den Ruhestand. In seiner Rede appellierte er für ein „modernes Verwaltungsmanagement“ und die Leitlinie „einfacher und weniger – weniger ist mehr“. Für späte Einsichten ist es eben nie zu spät.

Aktuelle Stunde – Parken in der Innenstadt



Die FDP-Fraktion beantragte eine „Aktuelle Stunde“ zum aktuellen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.11.2016 zur „parkraumfreien Zone Innenstadt“ mit dem bewusst provokativen Titel „alle Parkplätze im öffentlichen Raum werden abgeschafft“. **Lino Hammer**, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Rat, entlarvte das FDP-Wahlkampfieber treffend: „Dass Sie – mal wieder – den Untergang des Abendlandes vorhersehen, bloß weil in einem Teil der City Parkplätze verlagert werden sollen, überrascht nicht weiter. Ihr Landesvorsitzender hat das Auto ja letztens schon zu einem Kulturgut hochstilisiert, da müssen Sie natürlich reflexhaft den Aufstand proben.“ Der Beschluss umfasst im Übrigen nur Straßen in bezirklicher Zuständigkeit. Die GRÜNEN wollen die Innenstadt aufwerten - sowohl für Gäste als auch für die Bewohnerinnen und Bewohner. Der größte Platzfresser im öffentlichen Raum ist das oberirdische Parken. „In der Innenstadt brauchen wir nicht noch mehr Parkplätze, sondern mehr Parks und Plätze!“, so Hammers Fazit.

Auch **Bezirksbürgermeister Andreas Hupke** (GRÜNE) ergriff das Wort, weil die FDP mit dem Thema dieser Aktuellen Stunde erstmalig im Rat unmittelbar in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung eingreifen will. Dies wies Hupke scharf zurück. Der FDP-Antrag, den Beschluss der Bezirksvertretung zur weiteren Behandlung an die Verwaltung zu überweisen, erhielt keine Mehrheit. Vielmehr setzte sich der Vorschlag der grünen Ratsfraktion mit den Stimmen von CDU, GRÜNE, Linke und der guten Wählergruppe (ehemals Deine Freunde) durch, das Thema der Aktuellen Stunde für erledigt zu erklären.

- Im Wortlaut: [Antrag der FDP](#)
- [Rede von Lino Hammer](#)

Kommunale Beschäftigungsförderung

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag von CDU und GRÜNE für ein kommunales Beschäftigungsprogramm vom Rat beschlossen. Nur die Linke stimmte dagegen. Die Verwaltung soll nun auf Basis dieses Ratsbeschlusses Maßnahmen initiieren, durch die Langzeitarbeitslose besser qualifiziert werden und ihre soziale Teilhabe ermöglicht wird. Hintergrund des Ratsbeschlusses ist die Tatsache, dass in Köln nach wie vor fast 58% der Jobcenter-Kunden mindestens ein Jahr arbeitslos sind und damit als langzeitarbeitslos gelten.



„Wir wollen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen - auch unter Einbeziehung von Förderprogrammen. Gleichzeitig wollen wir die seit 2012 weggefallenen Qualifizierungsanteile innerhalb der Arbeitsgelegenheiten kommunal sichern. Wichtig ist uns, dass die Menschen wieder eine Zukunftsperspektive erhalten. Da das Thema Beschäftigung innerhalb der Verwaltung als Querschnittsaufgabe verstanden werden soll, haben wir beschlossen, dass eine ämterübergreifende Projektgruppe eingerichtet wird. Beschäftigungsförderung ist ein Schwerpunkt unserer schwarz-grünen Kooperation, den wir voranbringen wollen.“, freut sich **Marion Heuser**, sozialpolitische Sprecherin der grünen Fraktion.

- Im Wortlaut: [Antrag von CDU / GRÜNE](#)
- [Rede Marion Heuser](#)

Milieuschutz in Köln ernst nehmen – Lebenskultur im Veedel bewahren!

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)"

Zum Ratsantrag "Milieuschutz in Köln ernst nehmen – Lebenskultur im Veedel bewahren!" von SPD, Linke, Piraten und FWK brachten CDU und GRÜNE einen Änderungsantrag ein. Dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und dadurch lebendige Quartiere mit unterschiedlichen Lebensformen und einer sozialen Durchmischung zu schaffen, konnten sich bis auf die FDP alle demokratischen Fraktionen anschließen. Unterschiedliche Ansätze gibt es allerdings bei der Wahl der Instrumente, um diese Ziele zu erreichen. Während SPD und Linke u.a. dies durch möglichst viele Erhaltungssatzungen erreichen wollen, sehen GRÜNE darin eher nur ein Mittel als Teil eines Maßnahmenbündels. Ebenso müssen an Genossenschaften und die städtische GAG städtische Grundstücke nach sinnvollen Bauungskonzepten vergeben und der soziale Wohnungsbau vorangetrieben werden. Dabei helfen die Auflagen des Kooperativen Baulandmodells, immer mindestens 30 % öffentlich gefördert zu bauen. Das eher sperrige, weil sehr arbeitsintensive Instrument der Erhaltungssatzung sollte deshalb nur auf Gebiete angewandt werden, in denen der Gentrifizierung nicht mit anderen Mitteln begegnet werden kann. Deshalb wurde auf Initiative von CDU und GRÜNE beschlossen, mit dem Severinsviertel zu starten und dann Stadtteile im Bezirk Mülheim ins Visier zu nehmen. Ein stadtweites Monitoring, das herausfiltert, wo der Gentrifizierungsdruck stark ansteigt, wird bereits von der Verwaltung betrieben. Darin wird die Verwaltung durch den Ratsbeschluss ausdrücklich bestärkt.

- Im Wortlaut: [Antrag](#)
- Im Wortlaut: [Änderungsantrag von CDU / GRÜNE](#)

"Schulbau neu organisieren und priorisieren – von anderen Kommunen lernen"

Antrag der SPD-Fraktion



Bis auf die SPD selbst, stimmten alle anderen demokratischen Kräfte gegen diesen SPD-Antrag, weil er überflüssig war. Die Gründung einer Schulbau-GmbH hilft nicht weiter. CDU und GRÜNE hatten bereits am 2. Februar mit einem Ratsbeschluss die Verwaltung beauftragt, die Gebäudewirtschaft zu stärken und so ihre Handlungsfähigkeit beim Schul-

neubau zu verbessern. Das beinhaltet auch die Beschleunigung von Schulneubauten. CDU und GRÜNE betonten, dass die Gebäudewirtschaft selbständig über die Einstellung und die Bezahlung von Fachkräften entscheiden muss. In der Verwaltungsantwort auf die schwarz-grüne Anfrage zum Umsetzungsstand des Ratsbeschlusses geht hervor, dass nun 203 Schulbaumaßnahmen priorisiert werden und Anfang 2017 ein „Schulbaugipfel“ stattfindet. Bei der Vergabe von Bauaufträgen soll jetzt auch das Generalunternehmer-Modell genutzt werden, um Baumaßnahmen schneller umzusetzen.

- Im Wortlaut: [SPD Antrag](#)

Wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein"

Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten"



Linke und Piraten beabsichtigen mit ihrem Antrag einer Idee aus der Stadt Düsseldorf zu folgen. Es soll eine Genehmigung des BfArM zur Abgabe von Cannabis im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie erlangt werden. Hierzu sollte den Studienteilnehmenden der legale Erwerb von Cannabis ermöglicht werden. Die Studie soll die Auswirkungen von Cannabis-Abgabestellen belegen. Bereits im Dezember 2014 hatte die Bezirksvertretung Innenstadt auf Initiative von GRÜNE und Piraten mit breiter Mehrheit den Antrag „Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten zum Zweck des Betriebs von Abgabestellen in der Kölner Innenstadt“ beschlossen. Um eine ernsthafte und vor allem fachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema zu ermöglichen, wurde der Antrag einvernehmlich in den Gesundheitsausschuss verwiesen. Dies hat auch den Vorteil, dass die Düsseldorfer Fachtagung: „Cannabis – Gesundheitspolitischer Spielraum von Kommunen“ dann schon stattgefunden hat und im Ausschuss die Erkenntnisse genutzt werden können.

- Im Wortlaut: [Der Antrag](#)

Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen

Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD versucht sich mehr und mehr in populistischer Form am Thema „öffentliche Sicherheit“. Dabei verliert sie die Realität aus ihrem Blick und es bleibt Polemik. Denn bereits am 22. September hat der Rat auf schwarz-grüne Initiative die Stärkung der Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei, Ordnungsamt und sozialen Einrichtungen beschlossen. Siehe dazu die Pressemitteilung von CDU und GRÜNE. Kurios ist zudem, dass die SPD mit ihrem Antrag die Arbeit des Sozialdemokraten und Stadtdirektors Guido Kahlen kritisiert. Er hat es bislang nicht geschafft, die vom Rat beschlossenen zusätzlichen 100 Ordnungskräfte einzustellen. Die Versäumnisse wird nun sein Nachfolger Dr. Keller (CDU) ausbügeln müssen. Für ihren Antrag konnte die SPD nur die AfD gewinnen. Alle demokratischen Kräfte lehnten ihn ab.

- Im Wortlaut: [Der Antrag](#)
- Im Wortlaut: [Pressemitteilung CDU / GRÜNE](#)

Sonntagsöffnungen in 2017



Der Verwaltungsvorschlag über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 führte zu lebhaften Debatten im Rat. Der seit 2007 bestehende Konsens zwischen SPD, CDU und GRÜNE, statt 4 nur 3 Sonntage pro Stadtteil für Sonntagsöffnungen zu genehmigen, wurde fortgeschrieben. Erstmals wurde aber der Verwaltungsvorschlag korrigiert. So wurde im Stadtteil Ossendorf das „Street Food Festival“ am 08.10.2017 abgelehnt. Als Begründung wird ausdrücklich auf

das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 01.12.2009 zum garantierten Sonn- und Feiertagsschutz sowie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.11.2015 hingewiesen. Das BVerwG stellt in seinem Urteil den strengen Maßstab auf, dass der Anlass für sich genommen – somit nicht die Ladenöffnung – einen beträchtlichen Besucherstrom anziehen muss, der prognostisch die zu erwartende Anzahl der Ladenbesuchenden übersteigt. CDU und GRÜNE setzen damit ein deutliches Signal, Veranstaltungen mit solchen Begründungen zukünftig sehr kritisch zu prüfen und ggf. abzulehnen. Zur Beratung soll zukünftig wieder eine „Konsensrunde“ eingerichtet werden. Dies ist auch ein Angebot an die Gewerkschaften und Kirchen, die sich seit geraumer Zeit dem Dialog und der Konsensfindung entziehen. Die Konsensrunde soll aus den Interessensgemeinschaften des bezirklichen und City-Einzelhandels, der Verwaltung, den Gewerkschaften, den Kirchen und den Vertretungen der im Wirtschaftsausschuss bzw. AVR stimmberechtigten Fraktionen bestehen und die Aufgabe der Verständigung über die gesetzlich möglichen Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen beinhalten.

- Im Wortlaut: [Verwaltungsvorlage](#)
- [Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Gute Wählergruppe Köln](#)
- [Änderungsantrag SPD Fraktion](#)

Bedarfsgerechter Ausbau Streetwork

Die grüne Fraktion hat diesen Beschluss ausdrücklich begrüßt. Mit der Verwaltungsvorlage wird eine grüne Initiative umgesetzt, die im Doppelhaushalt 2016/2017 mit Finanzmitteln unterlegt ist. Ab dem 01.03.2017 werden 6 zusätzliche Streetwork-Stellen dauerhaft eingerichtet.

Durch die Zusetzung von 6 Streetwork-Stellen (4 bei der Stadt Köln und 2 bei der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.) kann nun das „Konzept Streetwork Köln“ mit einem flexiblen Einsatz der Personalressourcen durch die Koordination Streetwork und in der bewährten Ko-operation mit der Fachstelle Gewaltprävention der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. in wesentlichen Teilen umgesetzt werden.

- Im Wortlaut: [Vorlage der Verwaltung](#)

Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften – Baubeschluss



Zu Recht mahnte Oberbürgermeisterin Henriette Reker an, nun die Beschlüsse für die einzelnen Standorte zu treffen. Sie beruhen auf der vom Rat am 28.Juni gebilligten Anzahl von zu prüfenden Standorten. Im Rat fand sich aber bislang nur eine Mehrheit für die Standorte Lindweiler Weg (Longerich), Erbacher Weg (Lindweiler), Schlagbaumsweg / Ostmerheimer Straße (Holweide) und Haferkamp (Flittard). Die demokratischen Fraktionen vereinbarten mit der OB, über die übrigen Standorte im

Hauptausschuss am 5. Dezember zu entscheiden. Bis dahin soll die Verwaltung Standortalternativen, die von CDU und GRÜNE vorgebracht wurden, konkret prüfen. Auch soll dann entschieden werden, ob an allen Standorten Bauten in System- und Holzbauweise erfolgen sollen. Dies hatten insbesondere die GRÜNEN vorgeschlagen, weil diese Bauweise nachhaltiger ist und Systembauten für die Menschen mehr Privatsphäre bietet. Diese Bauten sind zwar temporär, werden aber längerfristig genutzt

- Im Wortlaut: [Vorlage der Verwaltung](#)
- [Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen](#)
- [Änderungsantrag der SPD-Fraktion](#)
- [Änderungsantrag AK 2 - Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftliches Engagement \(Vorsitzender und Mitglieder des Integrationsrates\)](#)

Klimapartnerschaft zwischen Köln und Corinto/El Realejo e.V., hier: Vertragsunterzeichnung Projekt "Reorganisation der Abfallwirtschaft in Corinto und El Realejo

Derzeit wird der Müll der beiden Kölner Partnerstädte Corinto und El Realejo (Nicaragua) völlig unsortiert und zumeist auch unkontrolliert auf Müllhalden und an verschiedenen anderen Stellen der Städte entsorgt. Dies führt zu starken Gesundheitsgefährdungen und zu Umweltschäden, vor allem im Bereich der Mangrovenwälder, die für die Wirtschaft und das Klima in dieser Gegend sehr wichtig sind. Das nun von Engagement Global bewilligte Projekt soll die Abfallwirtschaft der beiden Städte neu organisieren, so dass eine effiziente Müllsortierung und -trennung sowie Recycling möglich werden. Engagement Global hat zugesagt, 90 % der Projektkosten zu übernehmen, die Stadt Corinto trägt die restlichen 10%, so dass der Stadt Köln keine Kosten entstehen. Die Stadt Köln ist Projektträgerin. Das vorbildliche Projekt wurde einstimmig vom Kölner Rat gebilligt.

- Im Wortlaut: [Verwaltungsvorlage](#)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neubesetzung der ausländerrechtlichen Beratungskommission

Die grüne Fraktion hat nun ihr Mitglied Firat Yurtsever in die ausländerrechtliche Beratungskommission entsandt. Der Rat stimmte dem Vorschlag zu. Firat Yurtsever löst Franz Dillmann ab, der aus der Kommission ausscheiden musste, da der Jurist nun als stellvertretender Leiter des Rechts- und Versicherungsamts der Stadt Köln tätig ist. Auch Firat Yurtsever ist Jurist, was zur Bewertung der ausländerrechtlichen Konfliktfälle hilfreich ist.

- Im Wortlaut: [Der Antrag](#)

Komplette Tagesordnung der Sitzung Rat incl. aller Vorlagen [\[Mehr\]](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln
Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de
V.i.S.P.: Jörg Frank, Geschäftsführer